

UND JETZT:

# GRÜNE WIRTSCHAFT



ANTRAG AN DAS WIENER WIRTSCHAFTSPARLAMENT // SITZUNG AM 30. April 2024

## **Soziale Absicherung von EPU und Kleinunternehmer:innen verbessern**

Der ungebrochene Unternehmer:innengeist und die Kreativität der EPU sind von zentraler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Wien. Mehr als 75 % aller Neugründungen sind Einzelunternehmen und tragen mit ihren vielfältigen Geschäftsideen zu einer bunten, kreativen und offenen Gesellschaft und Stadtentwicklung bei.

EPU und Kleinunternehmer:innen geraten allerdings schnell in existenzielle Problemlagen, wenn sie krank werden, im Alter oder im Falle von Arbeitslosigkeit. Mehr als die Hälfte der Selbstständigen hat weniger als 1.400 Euro monatlich netto in der Pension zur Verfügung. Insbesondere selbstständige Frauen sind durch die derzeitigen Strukturen benachteiligt: Ihre durchschnittliche Netto-Pension liegt bei 830 Euro monatlich.

Um die Vielfalt und die Wirtschaftskraft dieser Unternehmer:innen zu erhalten und zu fördern, brauchen wir ein faires Sozialsystem für Unternehmer:innen.

Konkrete und spürbare Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Absicherung von Selbstständigen könnten etwa sein:

- Schluss mit der Verpflichtung zur Mehrfachversicherung von hybriden Unternehmer:innen (angestellt und unternehmerisch)
- Krankenversicherung: Abschaffung des Selbstbehalts beim Arztbesuch und Krankengeld der Selbstständigen ab dem 4. Tag des Krankenstandes (Erhöhung Tagessatz auf 40€ bei gleichzeitiger Befreiung von den Sozialversicherungsbeiträgen) statt wie bisher nach 42 Tagen.
- Pensionsversicherung: Einheitliche Grundpension von 1.200€ (Existenzminimum) für alle Menschen in Österreich & zusätzlich Leistungspension entlang der erbrachten Erwerbsarbeit & bessere Regelung für das Weiterarbeiten in Pension
- Wochengeld/Kindergeld: Volle Weiterversicherung (aktive Beitragszeiten) während Zeiten des Bezugs von Wochengeld und Kindergeld, wenn Einkünfte unterhalb der Höhe der Kleinunternehmer:innenregelung bestehen
- Arbeitslosenversicherung: Arbeitslose Selbstständige sollten wieder analog zu den Angestellten bereits nach nur einem Jahr Erwerbstätigkeit Anspruch auf Arbeitslosengeld haben.
- Verbesserung der Kleinunternehmer:innenpauschalierung in der Einkommenssteuer und jährliche Option für den Wechsel zur Kleinunternehmer:innenregelung
- Deutliche Anhebung der Umsatzgrenze bei der Kleinunternehmer:innenregelung
- Anhebung der GWG-Grenze (geringwertige Wirtschaftsgüter) zur einmaligen Abschreibung von Wirtschaftsgütern von derzeit 1.000 Euro auf 1.500 Euro

UND JETZT:

# GRÜNE WIRTSCHAFT



**Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag und lädt die Delegierten aller Fraktionen ein, diesen mitzutragen:**

Die Wiener Wirtschaftskammer möge beschließen, die soziale Absicherung von EPU und Kleinunternehmer:innen rasch mit konkreten Maßnahmen voranzutreiben. Unternehmer:innen müssen in allen Lebensphasen abgesichert sein.

Für die Grüne Wirtschaft:

Hans Arsenovic

Sonja Franzke

Maria Lackner

Stephanie Rank

Georg Tomandl

Mathias Gartner

Lisa Duschek

Christian Faulmann

UND JETZT:

# GRÜNE WIRTSCHAFT



ANTRAG AN DAS WIENER WIRTSCHAFTSPARLAMENT // SITZUNG AM 30. April 2024

## Pensions-Gap für Frauen verringern

Mehr als die Hälfte der Selbstständigen hat weniger als 1.400 Euro monatlich netto in der Pension zur Verfügung. Insbesondere Frauen sind durch die derzeitigen Strukturen benachteiligt: Ihre durchschnittliche Netto-Pension liegt bei 830 Euro. Die durchschnittliche Pension von selbstständigen Frauen war im Jahre 2022 um satte 57 % geringer als jene von selbstständigen Männern.

Die Armutsgefährdungsschwelle liegt derzeit bei 1.392 Euro.

Frauen, die die Wiener Wirtschaft jahrzehntelang durch ihre Leistungen bereichert haben, leiden in der Pension somit häufig unter Altersarmut. Dies verstärkt problematische Abhängigkeitsstrukturen: besonders alleinstehende Frauen leiden im Alter.

Ursächlich für diese Ungleichbehandlung sind verschiedene Faktoren: Frauen verringern häufig die Zeit für unternehmerische Tätigkeiten, um unbezahlte Kinderbetreuung oder Care-Arbeit zu verrichten. Dieser wertvolle Aufwand wird systematisch geringgeschätzt, da das Pensionskonto in dieser Zeit nicht in dem Maße wächst wie das von Männern. Dass vor allem Frauen unbezahlte Care-Arbeit leisten, hat wiederum verschiedenste strukturelle Gründe, die es anzugehen gilt.

Um den betroffenen Menschen rasch helfen zu können, benötigt es eine existenzsichernde Grundpension von mindestens 1.200 Euro monatlich. Dies zeigt nicht nur ein Mindestmaß an Wertschätzung gegenüber Frauen, die durch Care-Arbeit und unternehmerisches Handeln unsere Gesellschaft voranbringen, sondern ist notwendig, um deren Existenz sicherzustellen.

## Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag und lädt die Delegierten aller Fraktionen ein, diesen mitzutragen:

Die Wiener Wirtschaftskammer möge beschließen, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, dass selbstständige Frauen in der Pension nicht unter der Armutsgefährdungsschwelle leben müssen.

Für die Grüne Wirtschaft:

Hans Arsenovic

Sonja Franzke

Maria Lackner

Stephanie Rank

Georg Tomandl

Mathias Gartner

Lisa Duschek

Christian Faulmann

UND JETZT:

# GRÜNE WIRTSCHAFT



ANTRAG AN DAS WIENER WIRTSCHAFTSPARLAMENT // SITZUNG AM 30. April 2024

## Unbürokratischer und schneller IT-Support für Ein-Personen-Unternehmen

EPU können aufgrund ihrer schlanken Struktur bei schwerwiegenden IT-Problemen auf keine IT-Hotline, wie in größeren Unternehmen üblich, zurückgreifen. Aufgrund der höheren laufenden Kosten ist es zumeist auch nicht wirtschaftlich vertretbar, einen kontinuierlichen, externen IT-Support zu beauftragen. Um Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten digitaler Wirtschaft zu gewährleisten, benötigen allerdings auch Ein-Personen-Unternehmen raschen Zugang zu qualitativem IT-Support.

Wünschenswert wäre hier eine schnelle und unbürokratische Unterstützung für jene IT-Probleme, die über das notwendige Selbstvermögen hinausgehen, also bei komplexen Aufgaben wie Netzwerke und Firewalls aufbauen und warten oder Maßnahmen zur Cyber-Security, bei denen systematische und fachmännische Expertise notwendig ist.

Ähnlich dem Rechtsservice der Wirtschaftskammer, der zeitnah zuverlässig und kompetent rechtliche Fragestellungen beantwortet, könnte ein derartiger Service auch für IT-Support speziell für Ein-Personen-Unternehmen eingerichtet werden.

Vorstellbar wäre hier die Errichtung eines Pools aus IT-Unternehmer:innen in Wien, die sich auf IT-Support spezialisiert haben.

## Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag und lädt die Delegierten aller Fraktionen ein, diesen mitzutragen:

Die Wiener Wirtschaftskammer möge beschließen, dass Möglichkeiten und Maßnahmen zu einer effizienten Abwicklung und Finanzierung eines IT-Supports für Ein-Personen-Unternehmen innerhalb der Wirtschaftskammer Wien ausgearbeitet werden.

Für die Grüne Wirtschaft:

Hans Arsenovic

Sonja Franzke

Maria Lackner

Stephanie Rank

Georg Tomandl

Mathias Gartner

Lisa Duschek

Christian Faulmann

**Abänderungsantrag TO 4.7**  
an das Wirtschaftsparlament  
der Wirtschaftskammer Wien am 30.04.2024

## **Modernisierung der Lehre**

Die Lehre spielt eine zentrale Rolle in der Ausbildung qualifizierter Fachkräfte und ist somit unverzichtbar im Kampf gegen den Fachkräftemangel. Gerade für junge Menschen bietet sie einen praxisnahen Einstieg in das Berufsleben und legt den Grundstein für eine erfolgreiche Karriere. Doch in einer sich rasant wandelnden Arbeitswelt reicht es nicht aus, auf bewährten Methoden zu verharren. Die Lehrausbildung muss sich kontinuierlich weiterentwickeln, um den Anforderungen des Marktes gerecht zu werden und die Attraktivität für junge Talente zu steigern. Eine Modernisierung der Lehre ist daher unumgänglich, um sowohl die Bedürfnisse der Wirtschaft als auch die Interessen und Potenziale der Lehrlinge in Einklang zu bringen. Dazu braucht es strukturelle, aber auch inhaltliche Anpassungen.

So muss es einerseits möglich sein, Lehrberufe schneller an moderne Berufsbilder anzupassen. Dies bietet sowohl für die ausbildenden Betriebe als auch die Lehrlinge selbst maßgebliche Vorteile. So kann die Zeit im Betrieb besser dafür genutzt werden, Fähigkeiten zu erwerben, die in der Praxis tatsächlich relevant sind. Das bedeutet gleichsam weniger Ausgaben für den Lehrbetrieb, der sonst Ressourcen zum Erlernen von veralteten Techniken oder irrelevante Aufgaben einsetzen muss. Gleichzeitig attraktiviert die Inklusion von modernen Lehrinhalten, beispielsweise in Form von digitalen Kompetenzen, das Interesse der Lehrlinge selbst.

Dass Reformen eine Dauer von bis zu sieben Jahre in Anspruch nehmen, ist ein untragbarer Zustand. Gerade in Zeiten der rasant voranschreitenden Digitalisierung müssen technologische und gesellschaftliche Entwicklungen zieltreffend und schnell in die Lehrpläne übernommen werden - nur so kann eine zukunftssträchtige und für junge Menschen ansprechendes Profil der verschiedenen Lehrberufe erzielt werden.



**SWV WIEN**

SOZIAL-  
DEMOKRATISCHER  
WIRTSCHAFTSVERBAND  
WIEN

UND JETZT:

**GRÜNE  
WIRTSCHAFT**



WIRTSCHAFTSBUND  
WIEN

Im Gleichschritt braucht es mehr Flexibilität als Schlüssel zum Erfolg. Lehrlinge sollen die Möglichkeit haben, ihre Ausbildung auf ihre individuelle Interessen und Fähigkeiten zuzuschneiden. Statt einem Einheitsbrei an Ausbildungsinhalten fordern wir die Einführung von Teil-Spezifizierungen innerhalb der Lehrausbildung. So können angehende Fachkräfte gezielt auf ihre zukünftigen Berufe, und vor allem die Tätigkeiten im jeweiligen Betrieb vorbereitet werden.

#### **Antrag:**

Die Wirtschaftskammer Wien möge sich wie schon bisher, weiterhin für folgende Maßnahmen einsetzen:

- Die Dauer der Reform von Lehrberufen soll verkürzt und aktuelle Entwicklungen sollen laufend integriert werden
- Teil-Spezifizierungen sollen in Form von Zusatzausbildungen möglich sein
- Attraktivierung der Lehre insgesamt sowie als zweiter Bildungsweg durch Informations- und Imagekampagnen

Marko Fischer

Delegierte zum Wirtschaftsparlament

Mag. Maria Neumann

Delegierte zum Wirtschaftsparlament

Hans Arsenovic

Delegierte zum Wirtschaftsparlament

Sonja Franzke

Delegierte zum Wirtschaftsparlament